

Antrag für eine Genehmigung oder eine Anzeige nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

Anschrift Genehmigungsbehörde:
Landesamt für Umwelt /Abteilung T1 Referat T12
Von-Schön-Str. 7
03050 Cottbus

Aktenzeichen Antragsteller:
X
Finanzamt:
Finanzamt Potsdam

1. Adressdaten

Antragsteller/-in: MEAB mbH

Tel.: 033208 60 0

Fax.: 033208 60 235

Straße, Haus-Nr.: Tschudistraße 3

E-Mail: info@meab.de

PLZ / Ort.: 14476 Potsdam

Zur Bearbeitung von Rückfragen ist anzusprechen:

Im Betrieb des Antragstellers: ☒

Verfasser des Antrags: ☒

Sachbearbeiter: Jianis Baumgardt

Firma: Dr. Born - Dr. Ermel GmbH

Tel.: 033208 60 285

Bearbeiter: André Eding

Fax.:

Tel.: 04202-758 0

E-Mail: j.baumgardt@meab.de

Fax.:

E-Mail.: ed@born-ermel.de

Straße, Haus-Nr.: Finienweg 7

PLZ / Ort: 28832 Achim

Verantwortlicher nach § 52b (1) Satz 1 BImSchG:

Name, Vorname Dr. Niessing, Silvia

Tel.: 033208 60 512

Fax.:

E-Mail.: j.schulze@meab.de

2. Allgemeine Angaben zur Anlage/zum Betriebsbereich

2.1 Standort der Anlage/des Betriebsbereichs

Bezeichnung des Werkes oder des Betriebes, in dem die Anlage oder der Betriebsbereich errichtet werden soll:

Sonderabfallverbrennungsanlage (SAV) Schöneiche/ Gallun

PLZ / Ort: 15806 Zossen OT Schöneiche

Straße / Haus-Nr.: Am Galluner Kanal

Rechts(Ost)-/ Hoch(Nord)wert: 33400950 5788500

Gemarkung / Flur / Flurstücke: Gallun 3 409

2.2 a Art der Anlage

Nummer der Hauptanlage: 3822

Nr. nach Anhang 1 der 4. 8.1.1.1EG

BImSchV.:

Bezeichnung der Anlage gemäß der 4. BlmSchV.: Anlagen zur Beseitigung oder Verwertung fester, flüssiger oder in Behältern gefasster gasförmiger Abfälle, Deponiegas oder anderer gasförmiger Stoffe mit brennbaren Bestandteilen durch thermische Verfahren, insbesondere Entgasung, Plasmaverfahren, Pyrolyse, Vergasung, Verbrennung oder eine Kombination dieser Verfahren mit einer Durchsatzkapazität von 10 Tonnen gefährlichen Abfällen oder mehr je Tag

Betriebsinterne Bezeichnung: Sonderabfallverbrennungsanlage (SAV)

Kapazität/Leistung:

vorhandene: 90 t/d Durchsatzkapazität zukünftige: 90 t/d Durchsatzkapazität

2.2 b Art des Betriebsbereichs gemäß 12. BlmSchV

- ☐ Betriebsbereich der unteren Klasse
☒ Betriebsbereich der oberen Klasse

2.3 Anlagenteile und Nebeneinrichtungen

Anlage-Nr. A001
 Bezeichnung der Anlage gemäß der 4. BlmSchV.: 8.12.1.1EG

Betriebsinterne Bezeichnung: Sonderabfalllager

Kapazität vorhandene: 1.705 t Aufnahmekapazität Kapazität zukünftige: 1.705 t Aufnahmekapazität

3. Art des Verfahrens

Genehmigungsverfahren:

- | | | |
|---|---------------------------|-------------------------------------|
| Antrag auf Genehmigung einer Neuanlage mit öffentl. Bekanntmachung | § 4 i. V. m. § 10 BlmSchG | <input type="checkbox"/> |
| Antrag auf Genehmigung einer Neuanlage ohne öffentl. Bekanntmachung | § 4 i. V. m. § 19 BlmSchG | <input type="checkbox"/> |
| Antrag auf Genehmigung einer Versuchsanlage | § 2 (3) 4. BlmSchV | <input type="checkbox"/> |
| Antrag auf Genehmigung zur wesentlichen Änderung (der Lage/des Betriebs der Anlage/der Beschaffenheit) | § 16 (1) BlmSchG | <input checked="" type="checkbox"/> |
| Antrag auf Genehmigung zur störfallrelevanten Änderung einer genehmigungsbedürftigen Anlage | § 16a BlmSchG | <input type="checkbox"/> |
| Antrag auf Genehmigung zur Modernisierung (Repowering) einer Anlage zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien | § 16b (1) BlmSchG | <input type="checkbox"/> |
| Antrag auf Durchführung eines Erörterungstermins bei Repowering | § 16b (6) BlmSchG | <input type="checkbox"/> |
| Antrag auf Teilgenehmigung | § 8 BlmSchG | <input checked="" type="checkbox"/> |
| Antrag auf Zulassung vorzeitigen Beginns | § 8a (1) BlmSchG | <input checked="" type="checkbox"/> |
| Antrag auf Zulassung vorzeitigen Betriebs | § 8a (3) BlmSchG | <input type="checkbox"/> |
| Antrag auf Erteilung eines Vorbescheides | § 9 BlmSchG | <input type="checkbox"/> |
| Antrag auf Befristung | § 12 (2) BlmSchG | <input type="checkbox"/> |
| Antrag, von der öffentlichen Bekanntmachung abzusehen | § 16 (2) BlmSchG | <input type="checkbox"/> |
| Antrag auf Genehmigung einer anzeigepflichtigen Änderung | § 16 (4) BlmSchG | <input type="checkbox"/> |
| Antrag auf Beteiligung der Öffentlichkeit | § 19 (3) BlmSchG | <input type="checkbox"/> |

Antrag auf Öffentliche Bekanntmachung und Veröffentlichung des Genehmigungsbescheides	§ 21a der 9. BImSchV	<input type="checkbox"/>
Antrag auf Genehmigung der Errichtung einer nicht genehmigungsbedürftigen Anlage, die Betriebsbereich oder Bestandteil eines Betriebsbereichs ist	§ 23b BImSchG	<input type="checkbox"/>
Antrag auf Genehmigung des Betriebs einer nicht genehmigungsbedürftigen Anlage, die Betriebsbereich oder Bestandteil eines Betriebsbereichs ist	§ 23b BImSchG	<input type="checkbox"/>
Antrag auf Genehmigung der störfallrelevanten Änderung einer nicht genehmigungsbedürftigen Anlage, die Betriebsbereich oder Bestandteil eines Betriebsbereichs ist	§ 23b BImSchG	<input type="checkbox"/>

Anzeigeverfahren:

Anzeige zur Änderung	§ 15 (1) BImSchG	<input type="checkbox"/>
Anzeige der Betriebseinstellung	§ 15 (3) BImSchG	<input type="checkbox"/>
Anzeige einer genehmigungsbedürftigen Anlage	§ 67 (2) BImSchG	<input type="checkbox"/>
Anzeige einer nicht genehmigungsbedürftigen Anlage, die Betriebsbereich oder Bestandteil eines Betriebsbereichs ist	§ 23a BImSchG	<input type="checkbox"/>

Stimmen Sie der Veröffentlichung der Antragsunterlagen im Internet zu? ☒ Ja ☐ Nein

BVT-Vorschrift: Abfallverbrennungsanlagen

Ausgangszustandsbericht (AZB):

Ein Ausgangszustandsbericht des Bodens und des Grundwassers auf dem Anlagengrundstück für IE-RL-Anlagen gemäß § 3 Absatz 8 des BImSchG i.V.m. § 3 der 4. BImSchV ist erforderlich

☐ Ja ☐ Nein ☒ Vorhanden

Ein AZB wurde mit folgendem Vorhaben erstellt:

Bescheid vom: 21.02.2023 Aktenzeichen: 50.024.Ä0/21/8.1.1.1GE/T12

Der vorliegende Antrag nimmt Bezug auf:

☐ den Bescheid vom: Aktenzeichen: siehe Kapitel 1.3
☐ den Bescheid vom: Aktenzeichen:

3.1 Eingeschlossene Verfahren (§ 13 BImSchG, § 23b BImSchG) und Ausnahmen

Folgende nach § 13 BImSchG bzw. § 23b BImSchG eingeschlossene Entscheidungen werden beantragt:

Baugenehmigung	§ 72 BbgBO	<input checked="" type="checkbox"/>
Eignungsfeststellung	§ 63 WHG	<input type="checkbox"/>
Indirekteinleitung	§ 58 / 59 WHG	<input type="checkbox"/>
Erlaubnis	§ 18 (1) Nr. 1 BetrSichV	<input type="checkbox"/>
Veterinärrechtliche Zulassung	Art 24 VO EU 1069	<input type="checkbox"/>
Erlaubnis	§ 7 SprengG	<input type="checkbox"/>

Weitere eingeschlossene Entscheidungen bitte benennen:

Entscheidung	Rechtsvorschrift
1	2

Folgende Ausnahmen/Befreiungen werden beantragt:

Antragsteller: MEAB mbH

Aktenzeichen: X

Erstelldatum: 24.09.2024 Version: 1 Erstellt mit: ELiA-2.8-b5

Ausnahme	§ 19 GefStoffV	<input type="checkbox"/>
Ausnahme	§ 14 BioStoffV	<input type="checkbox"/>
Ausnahme	§ 3a Abs. 3 ArbStättV	<input type="checkbox"/>
Ausnahme	§ 3 2. SprengV	<input type="checkbox"/>

Weitere Ausnahmen/Befreiungen bitte benennen:

Ausnahme/Befreiung	Rechtsvorschrift
1	2

3.2 nicht eingeschlossene Verfahren

Nennen Sie alle nicht nach § 13 BImSchG eingeschlossen Entscheidungen oder Zulassungen (auch andere Behörden), die außerhalb dieses Verfahrens für das geplante Vorhaben beantragt werden/wurden:

Verfahren	Rechtsvorschrift	Zuständige Stelle
1	2	3

4. Weitere Angaben zur Anlage/zum Betriebsbereich

4.1 Inbetriebnahme

Die Anlage/der Betriebsbereich soll im 07/2026 (Monat/Jahr) in Betrieb genommen werden.

4.2 Voraussichtliche Kosten

Errichtungskosten	26.216.000	Euro
davon Rohbaukosten	3.286.000	Euro

In den angegebenen Kosten ist die Mehrwertsteuer enthalten.

5. UVP-Pflicht

Klassifizierung des Vorhabens nach Anlage 1 des UVPG:

Nummer:	8.1.1.1
Bezeichnung:	Errichtung und Betrieb einer Anlage zur Beseitigung oder Verwertung fester, flüssiger oder in Behältern gefasster gasförmiger Abfälle, Deponiegas oder anderer gasförmiger Stoffe mit brennbaren Bestandteilen durch thermische Verfahren, insbesondere Entgasung, Plasmaverfahren, Pyrolyse, Vergasung, Verbrennung oder eine Kombination dieser Verfahren bei gefährlichen Abfällen,
Eintrag (X, A, S):	X

UVP-Pflicht

- ☒ Eine UVP ist zwingend erforderlich. Die erforderlichen Unterlagen nach § 4e der 9. BImSchV und § 16 des UVPG sind im Formular 14.2 beigelegt.
- ☐ Eine UVP ist nicht zwingend erforderlich, wird aber hiermit beantragt.
- ☐ UVP-Pflicht im Einzelfall
- ☐ Die Vorprüfung wurde durch die Genehmigungsbehörde bereits durchgeführt. Sie hat ergeben, dass keine UVP erforderlich ist.
- ☐ Die Vorprüfung wurde durch die Genehmigungsbehörde bereits durchgeführt. Sie hat ergeben, dass eine UVP erforderlich ist. Die erforderlichen Unterlagen nach § 4e der 9. BImSchV und § 16 des UVPG sind im Formular 14.2 beigelegt.
- ☐ Die Vorprüfung wurde noch nicht durchgeführt; diese wird hiermit beantragt. Die notwendigen Unterlagen zur Durchführung der Vorprüfung enthält der vorliegende Antrag.

- ☐ Eine UVP ist nicht erforderlich, da das Vorhaben in der Anlage 1 des UVPG nicht genannt ist bzw. das Vorhaben dem § 6 WindBG unterfällt.

6. TEHG

☐ Anlage gemäß TEHG

Nr. der Anlage gem. Anhang 1
des TEHG:

Bezeichnung der Anlage gem.
Anhang 1 des TEHG:

7. Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung

Ist die Anlage Teil eines eingetragenen Standortes einer

1. nach der Verordnung (EG) 1221/2009 über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS) vom 19. März 2001 (ABl. EG Nr. L 114 S. 1) registrierten Organisation oder

☐ Ja

☒ Nein

2. Anlage, die ein Umweltmanagement eingeführt hat und nach DIN EN ISO 14001 (Ausgabe 11/2015) zertifiziert ist.

☐ Ja

☒ Nein

Auf folgende Unterlagen der Umwelterklärung,
die der Behörde vorliegen, wird verwiesen:

8. Beabsichtigte Änderung

Die Märkische Entsorgungsanlagen-Betriebsgesellschaft mbH (MEAB) betreibt den Entsorgungsstandort Schöneiche in den Städten Zossen und Mittenwalde in den Landkreisen Teltow-Fläming bzw. Dahme-Spreewald in Brandenburg und beinhaltet eine Deponie sowie eine Sonderabfallverbrennungsanlage (SAV), welche im Rahmen dieses Änderungsantrages wesentlich verändert werden soll.

Die Bestandsanlage der SAV setzt durchschnittlich 27.000 t/a gefährliche und nicht gefährliche Abfälle aus verschiedenen Fraktionen wie Feststoffen, Abwässern, Schlämmen, Lösungsmitteln sowie Altölen aber auch Sonderschergen und Gebinden durch.

Die technische Betriebsdauer ist überschritten, so dass umfangreiche Instandhaltungs- bzw. Modernisierungsmaßnahmen erforderlich sind, um den nachhaltigen und gesetzeskonformen Betrieb der SAV weiterhin zu gewährleisten. Neben dem Neubau einer neuen Rauchgasreinigungsanlage zur Gewährleistung der aktuellen gesetzlichen Vorgaben soll im Rahmen einer 2. Teilgenehmigung außerdem eine neue Verbrennungslinie mit höherer Durchsatzkapazität (40.000 t/a) und die zugehörige Peripherie errichtet werden, die perspektivisch den Betrieb der aktuellen Verbrennungslinie ablösen soll.

9. Begründung

Da die vorhandene Bestandsanlage wesentlich verändert wird, ist der Antrag für die Errichtung der neuen Rauchgasreinigung sowie der neuen Verbrennungslinie mit Peripherie gemäß § 16 (1) BImSchG als wesentliche Änderung genehmigungsbedürftiger Anlagen zu stellen.

Das Verfahren ist als formales Genehmigungsverfahren gem. § 10 BImSchG mit Öffentlichkeitsbeteiligung zu führen.

Da der Erneuerung der Rauchgasreinigung zeitlich eine erhöhte Priorität zugeordnet wird, wird die neue Rauchgasreinigungsanlage im Rahmen einer ersten Teilgenehmigung noch vor dem Bau der neuen Verbrennungslinie beantragt. Hintergrund ist die Novellierung der 17. BImSchV und die damit einhergehenden schärferen Emissionsgrenzwerte, welche die Verwendung neuer Anlagentechnik gemäß aktuellem Stand der Technik notwendig machen. So wird sichergestellt, dass die SAV auch in Zukunft unter höchsten Umweltstandards arbeitet.

In der zweiten Teilgenehmigung wird anschließend die neue Verbrennungslinie mit 40.000 t/a Durchsatzkapazität inklusive der zugehörigen Peripherie beantragt.

Ort, Datum

Name in Druckbuchstaben

Unterschrift

10. Hinweise zum Datenschutz

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt nach den gesetzlichen Bestimmungen der Europäischen Union, insbesondere nach den Regelungen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und der Fachgesetze des Bundes. Informationen gemäß Artikel 13 Absatz 1 und Absatz 2 DSGVO aufgrund der Erhebung von personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit Ihrem Antrag auf Durchführung eines immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) finden Sie [hier](#).

☒ Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen

11. Übereinstimmungserklärung

Hiermit erkläre ich, dass die von mir in elektronischer Form eingereichten Antragsunterlagen mit dem Papierexemplar in Version, Inhalt, Darstellung und Maßstab vollständig übereinstimmen.

Der von mir gewählte Dateiname des Antrags lässt Antragsinhalt (Anlage, Standort), Antragsversion und Antragsdatum erkennen. Im Falle der Widersprüchlichkeit gilt jeweils die Papierfassung.

Das Gleiche gilt für Antragsteile, die nachgeliefert werden.

Ort, Datum

Name in Druckbuchstaben

Unterschrift

1.2 Kurzbeschreibung

Anlagen:

- Kapitel 1.2.-Kurzbeschreibung.pdf

Kapitel 1.2	Kurzbeschreibung
-------------	------------------

Inhaltsverzeichnis

Seite

1.2.1	Hintergrund/ Zielsetzung	2
1.2.2	Antragsgegenstand	3
1.2.3	Betreibergesellschaft.....	6
1.2.4	Zeitpunkt der Inbetriebnahme	6
1.2.5	Beschreibung des Standortes.....	6
1.2.6	Fahrzeugverkehr / An- und Ablieferungszeiten	8
1.2.7	Betriebspersonal	8
1.2.8	Beschreibung der Rauchgasreinigungsanlage	8
1.2.8.1	Verfahrensprinzip	8
1.2.8.2	Neue gehandhabte Stoffe.....	9
1.2.9	Bodengrund und Altlastenauskunft	10
1.2.10	Kampfmittel.....	10
1.2.11	Betriebsbereich im Sinne der StörfallV.....	11
1.2.12	Explosionsschutzkonzept	11
1.2.13	Emissionen und Immissionen	12
1.2.14	Schmutzwasseranfall und Niederschlagsentwässerung	13
1.2.15	Artenschutz.....	14
1.2.16	Umweltverträglichkeitsprüfung und FFH-Vorprüfung.....	15

Abbildungsverzeichnis

Seite

Abbildung 1: Integration Neuerrichtung Rauchgasreinigung (grün) (Quelle: Born-Ermel GmbH).....	4
Abbildung 2: Regionale Lage Standort (Quelle: www.meab-schoeneiche.de)	7

Tabellenverzeichnis

Seite

Tabelle 1: Neu eingesetzte Stoffe.....	9
Tabelle 2: In der Rauchgasreinigung entstehende Abfälle	9
Tabelle 3: Wirkfaktoren während des bestimmungsgemäßen Betriebes, Quelle: UVP-Bericht Tabelle 6-10	16
Tabelle 4: Wirkfaktoren während der Errichtung, Quelle: UVP-Bericht Tabelle 6-11	17
Tabelle 5: Wirkfaktoren bei Störung des bestimmungsgemäßen Betriebes, Quelle: UVP-Bericht Tabelle 6-12	17
Tabelle 6: Wirkfaktoren bei Einstellung des Betriebes, Quelle: UVP-Bericht Tabelle 6-13	18

1.2.1 Hintergrund/ Zielsetzung

Die Märkische Entsorgungsanlagen-Betriebsgesellschaft mbH (MEAB) betreibt den Entsorgungsstandort Schöneiche in den Städten Zossen und Mittenwalde in den Landkreisen Teltow-Fläming bzw. Dahme-Spreewald in Brandenburg und beinhaltet eine Deponie sowie eine Sonderabfallverbrennungsanlage (SAV) für gefährliche und nicht gefährliche Abfälle.

Nach Anhang 1 der 4. BImSchV fällt der Betrieb der SAV unter die Anlageneinstufung 8.1.1.1 (G,E):

„Anlage zur Beseitigung oder Verwertung fester, flüssiger oder in Behältern gefasster gasförmiger Abfälle, Deponiegas oder anderer gasförmiger Stoffe mit brennbaren Bestandteilen durch thermische Verfahren, insbesondere Entgasung, Plasmaverfahren, Pyrolyse, Vergasung, Verbrennung oder eine Kombination dieser Verfahren mit einer Durchsatzkapazität von 10 Tonnen gefährlichen Abfällen oder mehr je Tag.“

Die Lagerung von Abfällen fällt unter die Nummer 8.12.1.1(G, E):

„Anlagen zur zeitweiligen Lagerung von Abfällen, auch, soweit es sich um Schlämme handelt, ausgenommen die zeitweilige Lagerung bis zum Einsammeln auf dem Gelände der Entstehung der Abfälle und Anlagen, die durch Nummer 8.14 erfasst werden bei gefährlichen Abfällen mit einer Gesamtlagerkapazität von 50 Tonnen oder mehr.“

Im Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Anlage 1 Liste "UVP-pflichtige Vorhaben" ist die folgende Einordnung zutreffend:

Nr. 8.1.1.1 (X) „Errichtung und Betrieb einer Anlage zur Beseitigung oder Verwertung fester, flüssiger oder in Behältern gefasster gasförmiger Abfälle, Deponiegas oder anderer gasförmiger Stoffe mit brennbaren Bestandteilen durch thermische Verfahren, insbesondere Entgasung, Plasmaverfahren, Pyrolyse, Vergasung, Verbrennung oder eine Kombination dieser Verfahren bei gefährlichen Abfällen.“

Die Bestandsanlage setzt durchschnittlich 27.000 t/a gefährliche und nicht gefährliche Abfälle aus verschiedenen Fraktionen wie Feststoffen, Abwässern, Schlämmen, Lösungsmitteln sowie Altölen aber auch Sonderschargen und Gebinden durch. Diese werden, neben dem Bunker für die Feststoffe, in einem Tanklager und diversen Lagern für Gebinde sowie Kühlcontainern für Abfälle aus der humanmedizinischen und tierärztlichen Versorgung und Forschung auf dem Gelände der SAV zwischengelagert. Mittels einer mechanischen Vorbehandlung erfolgt eine Zerkleinerung und Vermischung von Abfällen mit dem Ziel einer Vergleichmäßigung des in den Drehrohrofen zugeführten Schadstoffpotentials.

Dieser kann mit verschiedenen Aufgabemöglichkeiten (Trichter, Schurre, Brenner, Dickstoffpumpe / Dickstofflanze, Lanzen für flüssige Abfälle) beschickt werden. Daran anschließend ist eine Nachbrennkammer

sowie ein Kessel für die Wärmerückgewinnung installiert. Die aus dem Drehrohr anfallende Schlacke wird über einen Nassentschlacker mit Eisenabscheider unterhalb der Nachbrennkammer ausgetragen.

Die Rauchgase werden in einer trockenen Rauchgasreinigung bestehend aus Flugstromreaktor und Gewebefilter gereinigt und mittels Saugzug über den Kamin abgeleitet.

Weiterhin befinden sich auf dem Gelände diverse Rangier- und Fahrflächen, Nebengebäude und Silos zur Lagerung von Sorbentien wie auch Reststoffen.

Für An- und Abfahrprozesse sind im Drehrohrföfen und der Nachbrennkammer Zusatzfeuerungen zur Gewährleistung der erforderlichen Mindestverbrennungstemperatur vorhanden.

Die im Abhitzeessel erzeugte Dampfmenge wird zur Eigenstromversorgung der SAV über eine Turbine und zur Warmwasserbereitung für die Gebäudeheizung und den sanitären Anlagen genutzt. Überschüssige Energie wird in das öffentliche Stromversorgungsnetz abgegeben.

Die SAV dient somit der sach- und fachgerechten Entsorgung von gefährlichen und nicht gefährlichen Abfallstoffen bundesweit. Die technische Lebensdauer der Anlage ist überschritten, so dass umfangreiche Instandhaltungs- bzw. Modernisierungsmaßnahmen erforderlich sind, um den nachhaltigen und gesetzeskonformen Betrieb der SAV weiterhin zu gewährleisten. Neben dem Neubau einer neuen Rauchgasreinigungsanlage zur Gewährleistung der aktuellen gesetzlichen Vorgaben soll außerdem eine neue Verbrennungslinie mit höherer Durchsatzkapazität errichtet werden, die perspektivisch den Betrieb der aktuellen Verbrennungslinie ablösen soll.

1.2.2 Antragsgegenstand

Die ursprüngliche Anlagenkonfiguration sah die Möglichkeit einer Erweiterung der Verbrennungslinie Richtung Osten vor. Auf Grundlage dessen soll zukünftig die Bunkerkapazität vergrößert und eine neue Verbrennungslinie mit zukünftig 40.000 t/a Durchsatzkapazität parallel zur bestehenden Anlage errichtet werden. Außerdem soll die bestehende Rauchgasreinigung demontiert und gegen eine neue, dem Stand der Technik entsprechende Rauchgasreinigung ausgetauscht werden.

Da der Erneuerung der Rauchgasreinigung zeitlich eine erhöhte Priorität zugeordnet wird, wird die neue Rauchgasreinigungsanlage im Rahmen einer ersten Teilgenehmigung noch vor dem Bau der neuen Verbrennungslinie beantragt und zunächst für die bestehende Verbrennungslinie betrieben werden. Hintergrund ist die Novellierung der 17. BImSchV und die damit einhergehenden schärferen Emissionsgrenzwerte, welche die Verwendung neuer Anlagentechnik gemäß aktuellem Stand der Technik notwendig machen. So wird sichergestellt, dass die SAV auch in Zukunft unter höchsten Umweltstandards arbeitet.

In der zweiten Teilgenehmigung wird anschließend die neue Verbrennungslinie mit 40.000 t/a Durchsatzkapazität inklusive der zugehörigen Peripherie beantragt.

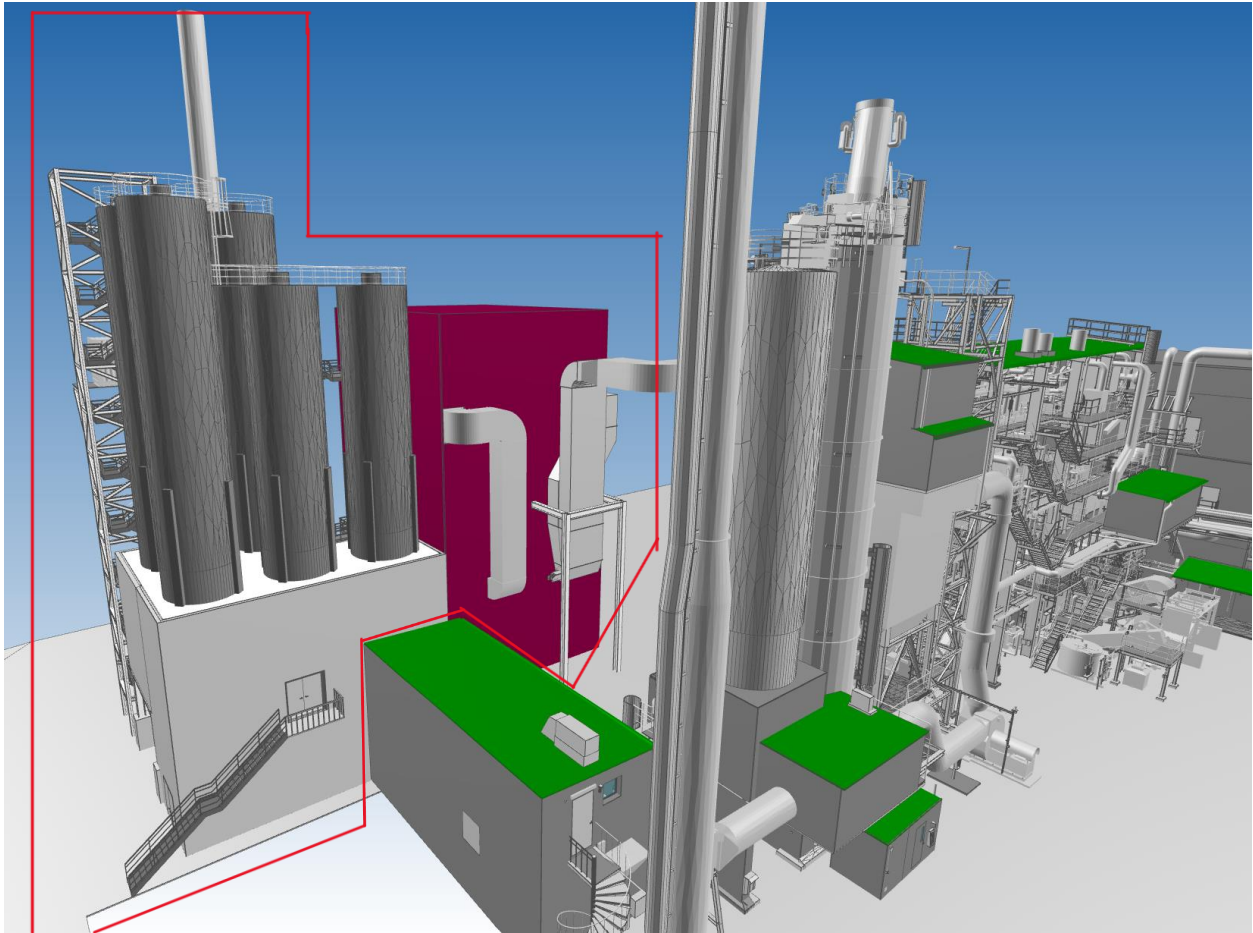


Abbildung 1: Integration Neuerrichtung Rauchgasreinigung (rot) (Quelle: Born-Ermel GmbH)

Die bestehende Rauchgasreinigungsanlage wird nach Betriebsfähigkeit der neuen Rauchgasreinigungsanlage rückgebaut/demontiert. Ebenso wird die alte Verbrennungslinie nach Betriebsfähigkeit der neuen Verbrennungslinie stillgelegt.

Da die vorhandene Bestandsanlage wesentlich verändert wird, ist der Antrag für die Errichtung der neuen Rauchgasreinigung sowie der neuen Verbrennungslinie und Peripherie der Sonderabfallverbrennungsanlage gemäß § 16 (1) BImSchG als wesentliche Änderung genehmigungsbedürftiger Anlagen zu stellen. Das Verfahren ist als formales Genehmigungsverfahren gem. § 10 BImSchG mit Öffentlichkeitsbeteiligung zu führen.

Insgesamt umfasst das Gesamtvorhaben die folgenden Maßnahmen und die Aufteilung in die jeweiligen Teilgenehmigungen:

1. Teilgenehmigung

- Neubau und Betrieb einer Rauchgasreinigungsanlage mit Schornstein

- Silo-Anlagen für Filterrückstände aus der Rauchgasreinigung
- Silo-Anlagen für Betriebsmittel

2. Teilgenehmigung

- Neubau zweite Verbrennungslinie mit Drehrohröfen, Kesselanlage
- Erhöhung der Durchsatzkapazität auf 40.000 t/a
- KTC-Aufzug/Gebindeaufzug
- Hydraulikaggregat Gebäude
- Erweiterung des vorhandenen Bunkers um 4. Bunkerkassette
- Erhöhung der Abfalllagermengen
- Neubau SAVB (mechanische Aufbereitung)
- Überdachte Stellfläche für Heiß-Sonderchargen
- Turbinengebäude mit Luftkondensator (LuKo) und Wasser-Dampf-Kreislauf (WDK)
- Betriebsgebäude für EMSR-Technik, Drucklufterzeugung, Netzersatzaggregat (NEA) etc.
- Stickstofferzeugung, VE-Wasser-Erzeugung
- Verkehrsflächen (Anlagenumfahrung, Andienung Abfall)
- Neuordnung Leergutlager

Büro- oder Sozialräume sind am Standort bereits vorhanden und werden ggf. erweitert und modernisiert. Ebenso ist die betriebliche Infrastruktur wie Werkstatt, Waschanlage, etc. ebenfalls vorhanden. Hier erfolgen keine Änderungen zum genehmigten Stand.

Aufgrund der herstellernerutralen Antragsgestaltung erfolgt die Beantragung aller umweltrelevanten Faktoren wie Grenzwerte, Richtwerte, Durchsatzkapazität, Betriebszeiten usw. herstellernerutral. In dem Antrag zur 1. Teilgenehmigung sind alle konservativ angesetzten Informationen zu den von der Anlage ausgehenden Emissionen/Immissionen und den damit umweltrelevanten Auswirkungen des Gesamtvorhabens enthalten. Weiterhin sind zu allen Belangen des Arbeitsschutzes, der Anlagensicherheit und der technischen Konfiguration, in den jeweiligen Abschnitten vertiefende Informationen hinterlegt, die eine gesamtheitliche behördliche Prüfung des Vorhabens ermöglichen.

Diesem Antrag liegen die folgenden Gutachten und Beiträge von Sachverständigen bei:

- Immissionsprognose Schall
- Immissionsprognose Luftschadstoffe
- Immissionsprognose Gerüche
- Schornsteinhöhenberechnung
- Geotechnischer Bericht
- Bescheinigung Kampfmittelfreiheit
- Explosionsschutzkonzept

- Brandschutztechnische Stellungnahme
- 1. Ergänzung zum AZB vom 08.12.2022
- Artenschutzrechtliche Stellungnahme
- Untersuchungsbericht Brutvögel
- Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung
- Abstandsgutachten
- Umweltverträglichkeitsprüfungs-Bericht inkl. FFH-Vorprüfung.

1.2.3 Betreibergesellschaft

Betreibergesellschaft bleibt weiterhin die Märkische Entsorgungsanlagen-Betriebsgesellschaft mbH (MEAB). Änderungen sind hier nicht vorgesehen.

1.2.4 Zeitpunkt der Inbetriebnahme

Im Rahmen einer 1. Teilgenehmigung soll zunächst die neue Rauchgasreinigung errichtet und betrieben werden. Ziel ist es, diese im Juli 2026 in Betrieb zu nehmen.

Parallel zu Bau und Inbetriebnahme der neuen Rauchgasreinigungsanlage wird der Antrag zur 2. Teilgenehmigung (Gesamtvorhaben) eingereicht werden. Der Bau der neuen Verbrennungslinie erfolgt anschließend und soll voraussichtlich im Q4 2028 fertiggestellt sein.

Nach erfolgreicher Inbetriebnahme der neuen Rauchgasreinigung wird die alte Rauchgasreinigung stillgelegt und demontiert.

Ebenso wird nach Inbetriebnahme der neuen Verbrennungslinie die bestehende Verbrennungslinie stillgelegt.

1.2.5 Beschreibung des Standortes

Der Bau einer neuen Rauchgasreinigungsanlage stellt eine Änderung im genehmigten Bestand dar. Die Gebietsausweisung des Standortes gemäß Flächennutzungsplan als „Sonstiges Sondergebiet nach § 11 BauNVO“, hier speziell als „Sondergebiet Sonderabfallverbrennungsanlage“, gibt die Eignung der Fläche als Standort für eine Sonderabfallverbrennungsanlage her. Es wird deshalb davon ausgegangen, dass die bauplanungsrechtlichen Genehmigungsvoraussetzungen als erfüllt gelten.

Die Anlage befindet sich im Außenbereich. Nach § 38 Satz 1 BauGB sind die §§ 29 bis 37 BauGB nicht auf Verfahren für die Errichtung und den Betrieb öffentlich zugänglicher Abfallbeseitigungsanlagen anzuwenden, wenn die Verfahren auf Grundlage des BImSchG durchgeführt werden und die Gemeinde beteiligt

wird. Diese Verfahren werden in § 38 BauGB privilegiert, weil sie früher einer Planfeststellungspflicht unterlagen und die Privilegierung durch die immissionsschutzrechtliche Genehmigungspflicht nicht entfallen sollte.

Die Anwendung des § 38 BauGB wurde seitens der Fachbehörde für die SAV als zutreffend bestätigt. Damit steht ein fehlender Bebauungsplan der geplanten Erweiterung der SAV grundsätzlich nicht entgegen.

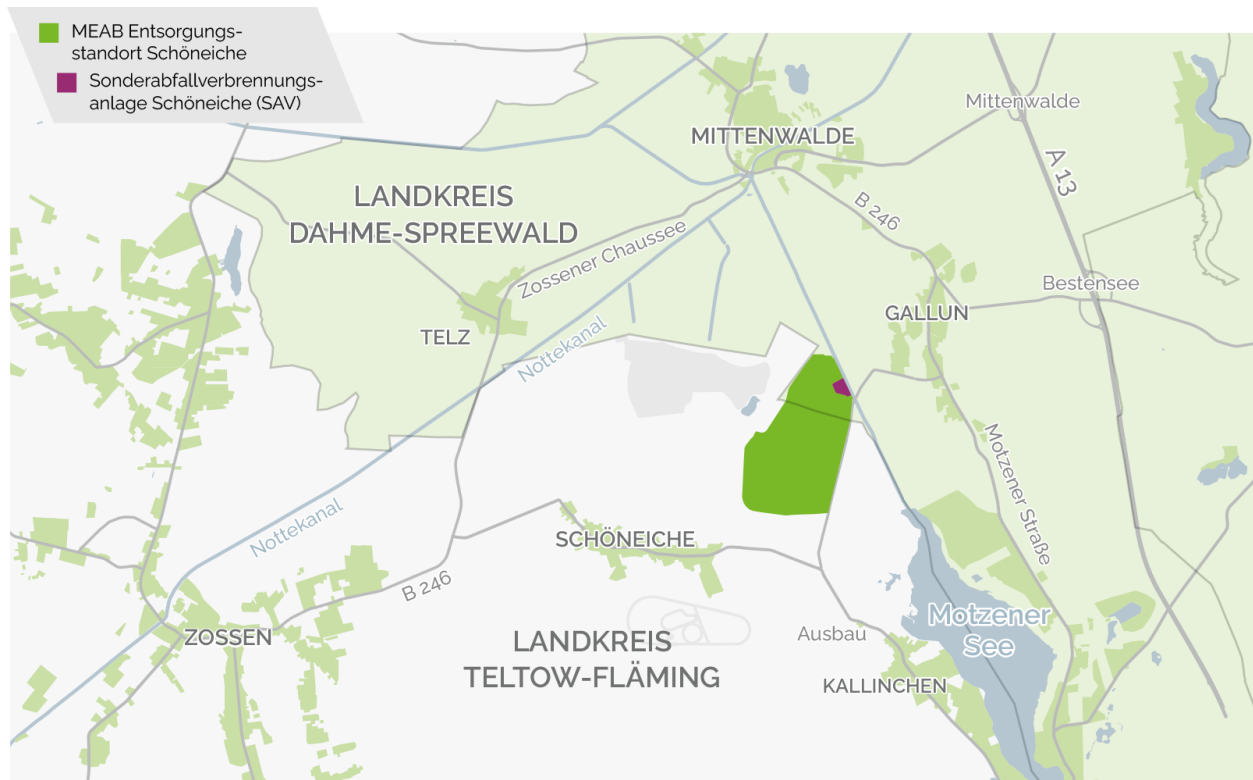


Abbildung 2: Regionale Lage Standort (Quelle: www.meab-schoeneiche.de)

Das direkte Umfeld der Anlage wird überwiegend gewerblich genutzt. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Abfallbehandlung und -entsorgung. Im weiteren Umfeld der Anlage befinden sich vor allem land- und forstwirtschaftliche Flächen. Der Standort der bestehenden und geplanten Anlage befindet sich in der Gemarkung Gallun.

Die Baufläche für die Anlagenerweiterung (s. Kapitel 2.4) befindet sich zwischen der bestehenden SAV in westlicher Richtung sowie dem Galluner Kanal in östlicher Richtung und verläuft in südlicher Richtung bis zum Bunkervorplatz bzw. der Bunkererweiterung um die 4. Bunkerkassette.

1.2.6 Fahrzeugverkehr / An- und Ablieferungszeiten

Die An- und Ablieferung von Abfällen werden mit LKWs und Tankwagen durchgeführt. Die Erschließung der Anlage ist durch die vorhandene Zufahrt der Landstraße K7235 gesichert.

Die SAV soll – wie bisher auch – im kontinuierlichen Dauerbetrieb von Mo.-So. von 0:00 Uhr bis 24:00 Uhr betrieben werden (8.760 h/a).

Die Anlieferungen und Abholungen finden davon abweichend Montag bis Freitag von 06:00 Uhr bis 22:00 Uhr statt. Anlieferungen am Samstag sind in Form von Nachholterminen vorgesehen.

Bei einer Durchsatzkapazität von 40.000 t/a wird von einer LKW-Anzahl von ca. 4.441 LKW/ Jahr und ca. 19 LKW/ Tag ausgegangen.

1.2.7 Betriebspersonal

Durch die Maßnahmen der 1. Teilgenehmigung (Erneuerung Rauchgasreinigungsanlage) verändert sich die Mitarbeiteranzahl am Standort nicht.

Im Rahmen der 2. Teilgenehmigung ergibt sich durch die Kapazitätserhöhung ein erhöhter Personalbedarf. Nach ersten Schätzungen ergibt sich ein Mehrbedarf von 6 Mitarbeitenden im Anlagenbetrieb und 1 weiteren Mitarbeitenden in der Laboranalytik.

Bei aktuell 52 Mitarbeitenden ergibt sich ein zukünftiger Personalbedarf von 59 Mitarbeitenden.

1.2.8 Beschreibung der Rauchgasreinigungsanlage

1.2.8.1 Verfahrensprinzip

Der Antragsgegenstand der hier betrachteten 1. Teilgenehmigung ist die Errichtung und der Betrieb der neuen Rauchgasreinigungsanlage (RGR).

Für die Abscheidung und Umsetzung von sauren Schadgasen wie Schwefeloxiden (SO_2 , SO_3), Chlorwasserstoff (HCl), Fluorwasserstoff (HF), gas- und partikelförmigen Schwermetallen sowie Dioxinen (PCDD) und Furanen (PCDF) und Stickoxiden aus dem Rauchgas ist ein zweistufiges trockenes Rauchgasreinigungsverfahren mit zwischengeschalteter katalytischer Rauchgasreinigung (SCR) vorgesehen:

1. Stufe: Trockene Rauchgasreinigung mit Natriumhydrogencarbonat zur Abscheidung von SO_2 , HCl und HF ,

SCR: Katalytische Rauchgasreinigung zur Umsetzung von Stickoxiden NO_x ,

2. Stufe: Trockene Rauchgasreinigung mit Kalkhydrat und Herdofenkoks zur Abscheidung von SO₂, HCL und HF sowie von Schwermetallen inkl. Hg und PCDD/F.

Die Ableitung der gereinigten Rauchgase erfolgt mit einem Saugzuggebläse über einen neu errichteten Schornstein, an dem die Emissionsmessstellen angeordnet sind. Dem Rauchgas wird über einen der SCR nachgeschalteten Economizer Wärme entzogen und dem Speisewasser zugeführt.

Der Standort für die Unterbringung der neuen Emissionsmesseinrichtungen erfolgt in einem klimatisierten Systemcontainer, der in unmittelbarer Nähe des Schornsteins aufgestellt wird. Vorzugsweise werden Mehrkomponentenmessgeräte eingesetzt. Der Messaufbau sowie der Umfang der Messeinrichtungen erfolgen gemäß den Anforderungen der 17. BImSchV. Die Anforderungen an die Ausführung und den ordnungsgemäßen Einbau erfolgt gemäß DIN EN 15267.

Für die detaillierte Beschreibung der Anlagen- und Verfahrenstechnik der neuen Rauchgasreinigungsanlage wird auf Kapitel 3.1 verwiesen.

1.2.8.2 Neue gehandhabte Stoffe

Mit der Erhöhung der Verbrennungskapazität der SAV ergeben sich Mengenänderungen der bereits im Bestand gehandhabten Stoffe. Diese Mengenerhöhungen sind in Kapitel 3 mit ihren neuen Mengen detailliert dargestellt.

Vier Stoffe werden mit dem beantragten Vorhaben erstmals neu eingesetzt:

Tabelle 1: Neu eingesetzte Stoffe

Stoffbezeichnung	Durchsatzmenge	Max. Lagervolumen
Kalkhydrat (Calciumhydroxid)	24 t/a	100 m ³
Herdofenkoks	1.700 t/a	150 m ³
Ammoniakwasser 24,9%ig	98 t/a	30 m ³
Natriumhydrogencarbonat (BiCar)	2.000 t/a	150 m ³

Die folgenden Abfälle fallen in der neuen Rauchgasreinigung an:

Tabelle 2: In der Rauchgasreinigung entstehende Abfälle

Bezeichnung nach AVV	Abfallschlüsselnummer	Menge	Entstehungsort
Feste Abfälle aus der Abgasbehandlung	19 01 07*	4.400 t/a	Gewebefilter 1 und 2

Aufsaug- und Filtermaterialien (einschließlich Ölfilter a. n. g.), Wischtücher und Schutzkleidung, die durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind	15 02 02*	0,1 t/a	Aus Wartung und Instandhaltung
---	-----------	---------	--------------------------------

1.2.9 Bodengrund und Altlastenauskunft

Das Ingenieurbüro Maul + Partner Baugrund Ingenieurbüro GmbH erstellte mit Datum vom 21.05.2024 einen geotechnischen Bericht zur Vorhabensfläche.

Im Rahmen der Untersuchungen wurde festgestellt, dass der Baugrund von nichtbindigen, aufgefüllten Sanden (mit Fremdbestandteilen) in lockerer bis dichter Lagerung geprägt sei. Unterlagernd wurden im Grundwasser gewachsene Tal- und Flusssande in mitteldichter bis dichter Lagerung erkundet. Der Baugrund ist prinzipiell hinreichend tragfähig und besitzt gutes Verdichtungspotential.

Für Details wird auf den beiliegenden geotechnischen Bericht verwiesen.

Altlastenverdachtsfälle liegen laut der Auskunft des Altlastenkatasters des Dahme-Spreewaldes (siehe Kapitel 17) im Bereich der SAV nicht vor. Allerdings ergab eine Untersuchung des Bodens vom 12.09.2024 innerhalb des zukünftigen Baufeldes und des Grundwassers am Anlagenstandort, dass die Prüfwerte einiger Schadstoffe überschritten werden. Dadurch ergeben sich gemäß Gutachten geringe Gefährdungspotentiale für den Einzelnen / die Allgemeinheit sowie die Schutzgüter Grundwasser und Mensch, es bestehe jedoch kein akuter Handlungsbedarf zur Gefahrenabwehr. Zur Verifizierung dieser Untersuchung werden weiterreichende Untersuchungen durch die Antragstellerin beauftragt und bei Bedarf entsprechende Maßnahmen getroffen. Die genannten Unterlagen liegen Kapitel 17 bei.

1.2.10 Kampfmittel

Mit Schreiben vom 15.01.2024 bestätigte der Zentraldienst der Polizei Brandenburg, dass die Vorhabensfläche nach derzeitigen Kenntnissen nicht in einer Kampfmittelverdachtsfläche liegt. Ein Antrag auf Ermittlung der Kampfmittelbelastung sei daher nicht erforderlich.

Das Schreiben liegt diesem Antrag bei.

1.2.11 Betriebsbereich im Sinne der StörfallV

Bei dem Anlagenstandort handelt es sich aufgrund der dort gelagerten gefährlichen Abfälle im Sinne der Störfallverordnung (12. Bundes-Immissionsschutzverordnung (BImSchV)) bereits um einen Betriebsbereich der oberen Klassen. An dieser Einstufung wird keine Änderung vorgenommen.

Die gesetzlichen Sicherheitsanforderungen werden als Grundlage und Standard angewendet. Das bestehende Sicherheitskonzept der Anlage wird im Hinblick auf die neue Anlagentechnik aktualisiert und wird vor Inbetriebnahme der Überwachungsbehörde vorgelegt werden.

Ein neu erstelltes Abstandsgutachten liegt diesem Antrag unter Kapitel 6 bei. Die Ausbreitungsrechnungen haben gezeigt, dass durch den Betrieb der Anlage SAV keine Schutzobjekte nach § 3 (5d) BImSchG betroffen sind. In der nächstgelegenen Wohnbebauung Ortsteil Gallun der Stadt Mittenwalde kann es in einem Fall zu Schwefeldioxid-Konzentrationen in der Größenordnung der unteren Geruchsschwelle von 0,8 ppm kommen. Diese Konzentrationen haben keine langfristigen gesundheitlichen Auswirkungen.

1.2.12 Explosionsschutzkonzept

Bei Anlagen, in denen mit explosionsfähiger Atmosphäre umgegangen wird, müssen aus Gründen des Schutzes der Beschäftigten und des Schutzes der Anlagentechnik die sich daraus ergebenden Gefahren ermittelt und geeignete Maßnahmen zur

- Vermeidung explosionsfähiger Atmosphäre
- Vermeiden wirksamer Zündquellen oder zum
- konstruktiven Explosionsschutz

ergriffen werden.

Ein Explosionsschutzkonzept gemäß § 6 GefStoffV liegt diesem Antrag in Kapitel 7 bei.

Dieses schließt in den allermeisten Anlagenteilen eine gefährliche Atmosphäre sicher aus. Einzige Ausnahme bilden hierbei die Herdofenkoks-Versorgung und der Lagertank bzw. die Rohrleitungen des Ammoniakwassers. Eine weitergehende Betrachtung im Schutzkonzept war deshalb notwendig.

Dabei wurden jeweils Maßnahmen zur Vermeidung einer explosionsfähigen Atmosphäre, konstruktive Maßnahmen sowie Maßnahmen zur Vermeidung von Zündquellen benannt, welche im Bau und Betrieb der Anlage umgesetzt werden.

Für Details wird auf das beiliegende Explosionsschutzkonzept verwiesen.

1.2.13 Emissionen und Immissionen

Dem Antrag liegen Immissionsprognosen zum Thema Schall, Luftschadstoffe und Gerüche bei. Grundsätzlich wurden alle Gutachten auf Basis des Gesamtvorhabens erstellt, um einen Überblick über die Genehmigungsfähigkeit des Gesamtvorhabens geben zu können.

Schall

Im Schallgutachten wurden im Rahmen eines Worst-Case-Ansatzes ein Parallelbetrieb der bestehenden SAV und der neuen SAV untersucht, auch wenn hier langfristig kein Parallelbetrieb vorgesehen ist.

Für die maßgeblichen Immissionsorte und Immissionsrichtwerte wird auf das Gutachten verwiesen.

Im Ergebnis wurden keine Überschreitungen der Beurteilungspegel festgestellt. Eine Überschreitung der Immissionsrichtwerte durch kurzzeitige Geräuschspitzen um mehr als 30 dB tags und/oder 20 dB nachts ist bei bestimmungsgemäßem Betrieb nicht zu erwarten.

Ebenso sind keine schädlichen Umweltauswirkungen in Form von tieffrequenten Geräuschanteilen zu erwarten.

Gerüche

Im bestimmungsgemäßen Betrieb der Anlage kommt es zu geruchsrelevanten Emissionen in folgenden Anlagenteilen:

- Bunkertore
- KTC-Aufzug
- Tankentladung
- Bunkerstillstandsentlüftung

Die Anlieferung der Abfälle erfolgt in geschlossenen Behältern bzw. geschlossenen LKW. Diffuse Emissionen durch Fahrbewegungen sind somit auszuschließen.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens wurde eine Bewertung der Geruchszusatzbelastung nach Anhang 2 der TA Luft berechnet.

Im Ergebnis hat sich gezeigt, dass die Zusatzbelastung durch die Anlage im Beurteilungsgebiet $\leq 0,011$ relative Häufigkeit der Geruchsstunden im Jahr im Wohn-/Mischgebiet (0,10) beträgt sowie $\leq 0,008$ relative Häufigkeit der Geruchsstunden im Jahr im Gewerbe-/Industriegebiet (0,15). Die Beurteilungswerte werden sicher eingehalten und liegen jeweils unterhalb der Irrelevanzschwelle.

Bei ordnungsgemäßem Betrieb der Anlage ist davon auszugehen, dass die von der Anlage ausgehenden Geruchsemissionen keine schädlichen Umwelteinwirkungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorrufen können und die Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Geruchsemissionen ausreichend getroffen ist.

Luftschadstoffe

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens wurde auf Grundlage der emissionstechnischen Daten des Auftraggebers und der TA Luft eine Bewertung der staub- und gasförmigen Zusatzbelastung der Anlage vorgenommen sowie eine Schornsteinhöhenbestimmung durchgeführt, welche Kapitel 4 dieses Antrages beiliegt. Mit Hilfe des Rechenmodells gemäß Anhang 2 TA Luft wurden die durch die Anlage hervorgerufenen Immissionszusatzbelastungen für die in der TA Luft geregelten gas- und partikelgebundenen Komponenten (Stoffspektrum der 17. BImSchV) berechnet.

Aus Gründen des Arbeitsschutzes wird für die Anlage eine Schornsteinhöhe von 40 m beantragt (planerische Schornsteinhöhe), um zu gewährleisten, dass die Abgasfahne auch bei ungünstigen Wetterlagen über die Anlage frei abströmen kann und eine Gefährdung von Mitarbeitern auszuschließen. Die ermittelte Mindesthöhe des Schornsteins liegt bei 30 m.

Es konnte nachgewiesen werden, dass für alle Parameter die jeweilige Gesamtzusatzbelastung sowohl für die geplante Schornsteinhöhe von 40 m als auch für die erforderliche Mindesthöhe von 30 m unterhalb der jeweiligen Irrelevanzschwelle liegt. Eine Ermittlung der Gesamtbelastung ist nicht erforderlich. Alle Beurteilungswerte werden sicher eingehalten.

Im gesamten Beurteilungsgebiet unterschreiten die Immissionswerte sowohl für die geplante Schornsteinhöhe von 40 m als auch für die erforderliche Mindesthöhe von 30 m das Abschneidekriterium von $0,3 \text{ kg}/(\text{ha} \cdot \text{a})$.

Bei ordnungsgemäßigem Betrieb der Anlage ist davon auszugehen, dass die von der Anlage ausgehenden Luftschadstoffemissionen keine schädlichen Umwelteinwirkungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorrufen können und die Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Luftschadstoffemissionen ausreichend getroffen ist.

Es wird drauf hingewiesen, dass alle oben genannten Immissionsprognosen bereits das Gesamtvorhaben betrachtet haben, um Aussagen über die grundsätzliche Genehmigungsfähigkeit des Gesamtvorhabens liefern zu können.

1.2.14 Schmutzwasseranfall und Niederschlagsentwässerung

Im Rahmen der 1. Teilgenehmigung (Errichtung Rauchgasreinigung) ergeben sich keine Änderungen am Abwasseranfall der Gesamtanlage.

Die Rauchgasreinigung arbeitet als trockene Rauchgasreinigung, sodass hier keine Abwasserströme anfallen.

Die bestehende Schmutzwasserentsorgung der Gesamtanlage bleibt unverändert.

Eine Niederschlagsentwässerung ist am Standort bereits vorhanden und wird im Rahmen der 1. TG nicht verändert.

Die Einleitung von Niederschlagswasser in ein Oberflächengewässer muss den Vorgaben der DWA A 102 (Teil 2) entsprechen. Anfallendes Oberflächenwasser auf Dachflächen ist nach dem Regelwerk nicht vorbehandlungspflichtig. Oberflächenwasser auf Verkehrsflächen etc. wird vorbehandelt (der DWA A 102 folgend). Das gesamte anfallende Oberflächenwasser wird in einem Rückhalteraum zwischengespeichert und anschließend gedrosselt in den Galluner Kanal eingeleitet. Vor dem Hintergrund der wassersensiblen Standortentwicklung wird im Rahmen der Planung geprüft, inwieweit angefallenes und vorbehandeltes Oberflächenwasser als Brauchwasser eingesetzt werden kann.

1.2.15 Artenschutz

Die Vorschriften des Artenschutzes sind in den §§ 44 und 45 des BNatSchG verankert. Darin wurden die europäischen Normen der Artikel 12 und 13 FFH-Richtlinie und des Artikels 5 Vogelschutz-Richtlinie in nationales Recht umgesetzt. Entsprechend des Bundesnaturschutzgesetzes ist eine artenschutzrechtliche Prüfung durchzuführen.

Dabei wurden im Rahmen einer artenschutzrechtlichen Relevanzprüfung im ersten Schritt verfügbare Hinweise auf das Vorkommen von besonders oder streng geschützter Tierarten anhand der vorhandenen Biotopstruktur abgeprüft.

Eine Begehung des Vorhabenstandortes fand am 22.02.2024 statt. Ziel war die Untersuchung der Fläche hinsichtlich Fortpflanzungs- und Ruhestätte von geschützten Arten.

Im Ergebnis konnten während der Begehung keine besetzten Reviere durch Brutvögel festgestellt werden. Habitatpotential für Brutvogel-Arten wurde im Bereich der Laubbäume sowie auf den Gebüschflächen verortet.

Die angrenzenden Bereiche können als Ausweichhabitat genutzt werden, sodass sich durch das Vorhaben der Erhaltungszustand der lokalen Population potenziell vorkommender Brutvögel (Gebüschbrüter) nicht verschlechtert.

Durch das beantragte Vorhaben werden die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 bis 3 BNatSchG nicht erfüllt, sofern die Beräumung der Flächen, insbesondere die Entfernung der Gehölze, außerhalb der Brutzeiten stattfindet (also von Oktober bis Ende Februar).

Aus gutachterlicher Sicht stehen dem Vorhaben nichts entgegen.

Ein Vorkommen von Fledermäusen, Zauneidechsen und weiteren geschützten Arten wurde aus gutachterlicher Sicht ausgeschlossen.

Im weiteren Vorgehen wurde zwischen Mitte April bis Mitte Juni eine aktuelle Untersuchung zu den vor kommenden Brutvögeln durchgeführt. Die innerhalb des untersuchten Bereiches ermittelten Brutvogelarten sind in der beiliegenden Brutvogel-Untersuchung detailliert aufgeführt.

Eine erhebliche Störung des Erhaltungszustandes der lokalen Population durch den Wegfall der Gehölzstruktur konnte nicht nachgewiesen werden. Eine Beräumung der Flächen wird nur außerhalb der Brutzeiten stattfinden. Die empfohlenen Kompensationsmaßnahmen werden umgesetzt.

1.2.16 Umweltverträglichkeitsprüfung und FFH-Vorprüfung

Ein vollständiger Umweltverträglichkeitsprüfungs-Bericht (UVP-Bericht) befindet sich in Kapitel 14 dieses Genehmigungsantrages. Der UVP-Bericht inklusive aller seiner Anhänge wird ebenfalls im entsprechenden UVP-Portal der Länder online zur Verfügung gestellt.

Es wurde mit dem LfU abgestimmt, dass die FFH-Vorprüfung (FFH-VP) in den UVP-Bericht integriert wird. Die Vorprüfung der FFH-Verträglichkeit ist notwendig, um mögliche Beeinträchtigungen von NATURA 2000-Gebieten durch das Vorhaben abschätzen zu können.

Durch die UVP soll sichergestellt werden, dass bei dem geplanten Vorhaben die Auswirkungen auf die Umwelt frühzeitig und umfassend ermittelt, beschrieben und bewertet werden, um so Maßnahmen zu einer wirksamen Umweltvorsorge zu treffen. Zur Umwelt und ihren Bestandteilen zählen folgende Schutzgüter (§ 2 Abs. 1 UVPG):

1. Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit,
2. Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt,
3. Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft,
4. kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter sowie
5. die Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern.

Inhalt und Umfang der Unterlagen, in denen die Umweltverträglichkeit des Vorhabens zu beschreiben ist (UVP-Bericht), werden im § 4e 9. BImSchV bzw. dem § 16 UVPG festgelegt.

Die Auswirkungen des geplanten Vorhabens werden sowohl für die Errichtung als auch für den bestimmungsgemäßen Betrieb und die Stilllegung der Anlage untersucht.

Bezüglich Details zur angewandten Methodik und dem Vorgehen bei der Untersuchung der potenziellen Auswirkungen des geplanten Verfahrens wird auf den UVP-Bericht verwiesen.

Gemäß Nr. 4.6.2.5 TA Luft ist als Beurteilungsgebiet für Luftschadstoffe eine Fläche definiert, die sich vollständig innerhalb eines Kreises um den Emissionsschwerpunkt mit einem Radius befindet, der dem 50-fachen der tatsächlichen Schornsteinhöhe entspricht und in der die Zusatzbelastung mehr als 3 % der Langzeitkonzentrationswerte nach TA Luft beträgt.

Die relevante Schonsteinhöhe für das Objekt beträgt 40 m. Danach ergibt sich in Anlehnung an die TA Luft für das Projekt ein Untersuchungsgebiet mit einem Radius von 2.000 m um den Emissionsschwerpunkt. Als Untersuchungsgebiet für den UVP-Bericht wird somit für alle Schutzgüter eine Kreisfläche mit dem Radius von 2,0 km zu Grunde gelegt.

Erhebliche Auswirkungen über die Grenzen des angegebenen Untersuchungsgebietes hinweg können in der Regel, sofern nicht in der Wirkungsanalyse abweichend diskutiert, ausgeschlossen werden. Das Untersuchungsgebiet wurde so festgelegt, dass alle potenziell möglichen erheblichen Auswirkungen innerhalb des Raumes auftreten. Damit können die Belastungsintensitäten außerhalb des Untersuchungsgebietes maximal die an den Grenzen vorliegenden Werte annehmen.

Im ersten Schritt wurde eine Zustands-Analyse und eventuell bestehender Vorbelastungen der Schutzgüter innerhalb des Untersuchungsgebietes bestimmt. Für Details wird auf den UVP-Bericht, Kapitel 5 verwiesen.

Zur Ermittlung der durch die Änderung der SAV Schöneiche verursachten Auswirkungen auf die Schutzgüter war es notwendig die Umweltauswirkungen zu bestimmen.

Die Beschreibung der Umweltauswirkungen und ihrer Ursachen erfolgten unterteilt nach:

- bestimmungsgemäßem Betrieb,
- Errichtung,
- Störungen des bestimmungsgemäßen Betriebes und
- Einstellung des Betriebes.

Kapitel 6 des UVP-Berichtes beschreibt detailliert die Auswirkungen auf die jeweiligen Schutzgüter.

Tabelle 3 bis 6 zeigen die Zusammenfassung der Wirkfaktoren während der oben genannten Betriebsphasen.

Tabelle 3: Wirkfaktoren während des bestimmungsgemäßen Betriebes, Quelle: UVP-Bericht Tabelle 6-10

Anlagen- und Betriebsbeschreibung

1. Teilgenehmigung

Antrag auf Errichtung und Betrieb gemäß § 16 BImSchG für die Errichtung einer neuen Rauchgasreinigung am Standort SAV Schöneiche

Wirkfaktor	Mensch, menschliche Gesundheit	Pflanzen, Tiere, biologische Vielfalt	Fläche	Boden	Wasser	Klima	Luft	Landschaft	Kultur- u. sonst Sachgüter
Luftschadstoffe aus Anlagenbetrieb	x	x		x	x	x	x		x
THG-Emissionen						x			
Schallemissionen aus Anlagenbetrieb	x	x						x	
Geruchsemissionen	x								
Lichtemissionen	x	x							
Abfälle				x					
Flächenverbrauch / Baukörper		x	x		x	x		x	x
Wasser / Abwasser				x	x				
Umgang mit wassergefährdenden Stoffen				x	x				

Tabelle 4: Wirkfaktoren während der Errichtung, Quelle: UVP-Bericht Tabelle 6-11

Wirkfaktor	Mensch, menschliche Gesundheit	Pflanzen, Tiere, biologische Vielfalt	Fläche	Boden	Wasser	Klima	Luft	Landschaft	Kultur- u. sonst Sachgüter
Staub- und Luftschadstoffemissionen	x	x		x	x		x		
Schallemissionen	x	x						x	
Erschütterungen	x	x							x
Flächenversiegelung / Grundwasser		x	x	x	x	x			
Abfälle				x					
Umgang mit wassergefährdenden Stoffen				x	x				

Tabelle 5: Wirkfaktoren bei Störung des bestimmungsgemäßen Betriebes, Quelle: UVP-Bericht Tabelle 6-12

Wirkfaktor	Mensch, menschliche Gesundheit	Pflanzen, Tiere, biologische Vielfalt	Fläche	Boden	Wasser	Klima	Luft	Landschaft	Kultur- u. sonst Sachgüter
Schadstoffemissionen bei Brand	x	x		x	x		x		
Einsatz von Löschwasser bei Brand				x	x				
Explosionen	x								
Austritt von wassergefährdenden Stoffen				x	x				

Tabelle 6: Wirkfaktoren bei Einstellung des Betriebes, Quelle: UVP-Bericht Tabelle 6-13

Wirkfaktor	Mensch, menschliche Gesundheit	Pflanzen, Tiere, biologische Vielfalt	Fläche	Boden	Wasser	Klima	Luft	Landschaft	Kultur- u. sonst Sachgüter
Staub- und Luftschadstoffemissionen	x	x		x	x		x		
Erschütterungen	x	x							x
Schallemissionen	x	x						x	
Anfall von Abfällen				x					

Im Rahmen der Umweltverträglichkeitsuntersuchung wurde außerdem eine ausführliche Darstellung von Minderungsmaßnahmen vorgenommen, die das Entstehen von Wirkfaktoren mindern bzw. unterbinden sollen.

Die wesentlichen, von der Vorhabensträgerin getroffenen, technischen Maßnahmen zur Vermeidung / Verminderung der Auswirkungen auf die Schutzgüter werden nachfolgend dargestellt:

- Maßnahmen zur Emissionsminderung,
- Maßnahmen zur Minderung von Schallemissionen,
- Maßnahmen zur Minderung von Geruchsemissionen,
- Maßnahmen gegen den Austritt wassergefährdender Stoffe (z.B. Rückhaltevolumen),
- Maßnahmen zur Abfallvermeidung,
- Maßnahmen zur Vermeidung und Eindämmung von Bränden,
- Maßnahmen zur Löschwasserrückhaltung,
- Maßnahmen des Explosionsschutz
- spezielle Maßnahmen während der Bauphase.

Im Rahmen des Artenschutzfachbeitrags (siehe Kapitel 13 des BImSchG-Antrages) wurden konservativ Maßnahmen zur Sicherstellung der Vermeidung von Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt empfohlen. Im Zuge der Eingriffsplanung werden geeignete artenschutzrechtliche Maßnahmen festgelegt und mit der Behörde abgestimmt. Für weitere Details wird auf den vollständigen UVP-Bericht in Kapitel 14 verwiesen.

Wie oben bereits genannt, ist eine FFH-Verträglichkeitsvorprüfung in den UVP-Bericht integriert. Diese findet sich in Kapitel 11 des UVP-Berichtes.

Innerhalb des nach TA Luft festgesetzten Untersuchungsgebietes befinden sich keine Natura 2000-Gebiete. Dennoch wurde im Rahmen dieser Unterlage eine FFH-Prüfung für das nächstgelegene FFH-Gebiet (ca. 3.950 m entfernt) durchgeführt. Dabei wurde untersucht, ob Anhaltspunkte für eine erhebliche Beeinträchtigung des Gebiets durch den Bau und Betrieb der Anlage bestehen.

Es wurden die folgenden Gebiete betrachtet:

Das nächstgelegene FFH-Gebiet (Flora-Fauna-Habitat-Gebiet) ist das FFH-Gebiet Sutschketal (DE 3747-301), welches sich ca. 3.950 m östlicher vom Standort befindet.

Das nächstgelegene SPA-Gebiet (EU-Vogelschutzgebiet) ist das SPA-Gebiet Nuthe-Nieplitz-Niederung (DE 3744-421), welches sich ca. 9.800 m nordwestlicher vom Standort befindet.

Weitere FFH- und SPA-Gebiete in der Umgebung wurden im Zuge der FFH-Vorprüfung nicht auf ihre Verträglichkeit mit dem Vorhaben untersucht, da aufgrund der Entfernung Auswirkungen von vornherein ausgeschlossen werden konnten.

Im Rahmen der Vorprüfung konnten keine negativen Auswirkungen erkannt werden.

Da die in der Immissionsprognose ermittelte Stickstoffdepositionen im gesamten Beurteilungsgebiet das Abschneidekriterium von 0,3 kg/(ha*a) unterschreiten, ist davon auszugehen, dass dies auch im ca. 4 km vom Vorhabenstandort entfernten FFH-Gebiet Sutschketal der Fall sein wird.

Aufgrund der oben beschriebenen Ergebnisse können Beeinträchtigungen durch stickstoffhaltige Emissionen des geplanten Vorhabens auf die Erhaltungsziele des Natura 2000-Gebietes ausgeschlossen werden.

Die Immissionszusatzbelastung durch NO_x und SO₂ im Untersuchungsgebiet wurde ebenfalls prognostiziert. Die Ergebnisse zeigen, dass die Säurekonzentrationen die jeweiligen Irrelevanzwert von 1,2 µg/m³ für NO_x und 1,5 µg/m³ für SO₂ im gesamten Untersuchungsgebiet unterschreiten. Wenn die Säurekonzentrationen im gesamten Untersuchungsgebiet (Radius = 2 km) unterhalb des Irrelevanzwertes liegen, ist davon auszugehen, dass dies auch im ca. 4 km entfernten FFH-Gebiet Sutschketal der Fall sein wird.

Die Säuredeposition liegt im gesamten Untersuchungsgebiet unter dem Abschneide Kriterium von $0,04 \text{ kg} \text{ (N+S)}/(\text{ha} \cdot \text{a})$. Daher ist davon auszugehen, dass dies auch der Fall im ca. 4 km entfernten FFH-Gebiet Sutschketal sein wird.

Auch die ermittelte Fluorwasserstoffkonzentration liegt unterhalb des Irrelevanzwertes, wodurch Auswirkungen ausgeschlossen werden können.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass auf Grundlage der Ergebnisse der durchgeführten Immissionsprognose für die geplante Gesamtanlage die Zusatzbelastung unterhalb der Beurteilungswerte der TA Luft, der Zielwerte der 39. BImSchV und, im Fall der Stickstoffdeposition, des Abschneidekriteriums liegt. Das geplante Vorhaben ist somit in Bezug auf das Natura 2000-Gebiet nicht immissionsrelevant. Dies trifft demnach auch auf alle weiteren Natura 2000-Gebiete in der Umgebung zum Vorhabenstandort zu, da sie sich sowohl weiter entfernt vom Vorhabenstandort als das untersuchte FFH-Gebiet Sutschketal befinden und im Gegensatz zu diesem auch nicht in der Hauptverbreitungsrichtung der Luftschadstoffemissionen liegen. Es ist daher festzustellen, dass keine Anhaltspunkte für erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000-Gebietes Sutschketal sowie den weiter entfernten Natura 2000-Gebieten vorliegen und daher kein vertiefender Prüfungsbedarf im Rahmen einer Untersuchung der FFH-Verträglichkeit besteht.

Für Details wird auf den UVP-Bericht verwiesen.

1.3 Sonstiges

Nachfolgend ist der aktuelle Genehmigungsbestand, tabellarisch als Ergänzung, zur Abfrage in Formblatt 1.1 hinterlegt.

Weiterhin ist eine Begründung für den vorzeitigen Baubeginn gemäß § 8a BImSchG und die Beschreibung der einzelnen Maßnahmen nebst Kostenangabe enthalten.

Anlagen:

- Genehmigungsbestand MEAB Kapitel 1.3.pdf
- Kapitel 1.3.-Begründung § 8a.pdf

MEAB mbH, SAV Schöneiche

Anlage zu Formular 1.1: Übersicht bisher erteilter Genehmigungen und Feststellungsbescheide

Datum Bescheid	Aktenzeichen / Titel	Behörde
02.10.1990	Anzeige nach § 67 Abs.2 BImSchG	LUA Brandenburg
22.07.1991	Betriebsgenehmigung SAV	LUA Brandenburg Aufbaustab, Abt. Immissionsschutz, Referat Genehmigungen
30.07.1992	Altanlagensanierung - Emissionsgrenzwerte	Amt für Immissionsschutz Luckenwalde
29.03.1994	Altanlagensanierung nach 17.BImSchV	Amt für Immissionsschutz Luckenwalde
17.08.1994	Feststellungsbescheid zur Anzeige Einbringen von Mannlöchern in die Tanks Nr.3-11	Amt für Immissionsschutz Luckenwalde
27.11.1996	5072409/0001/II.4a/34 Feststellungsbescheid zur Anzeige „Errichtung und IBN einer SAVB“	Amt für Immissionsschutz Luckenwalde
22.11.1996	Zeitlich befristete Ausnahmezulassung betreffen Emissionen an HCL und SO2	Amt für Immissionsschutz Luckenwalde
17.03.1997	5072409/0001/II2)a)02/97/R3-Bi Zulassung von Einzelmessungen statt kontinuierlicher Messungen von HF	Amt für Immissionsschutz Luckenwalde
17.04.1997	5072409/0001/II1)g)01/97/R3-Bi Ausnahmezulassung Mindestverbrennungstemperatur	Amt für Immissionsschutz Luckenwalde
17.04.1997	5072409/0001/II1)g)02/97/R3-Bi Ausnahmezulassung Überprüfung Verbrennungsbedingungen	Amt für Immissionsschutz Luckenwalde
06.05.1997	Wesentliche Änderung gem. § 16 BImSchG, Bescheid Nr. 012.00.00/96 AZ I1P-72 201 „Errichtung einer Vorbehandlungsanlage (SAVB)“	LUA Brandenburg Genehmigungsverfahrensstelle
30.06.1997	5072409/0001/II.4a/34-R4 Feststellungsbescheid zur Anzeige „Außerbetriebnahme Dep.gasverdichterstation und Fackel der SAV“	Amt für Immissionsschutz Luckenwalde
16.09.1997	5072409/0001/II2)a)03/97/R3-Bi Zulassung von Einzelmessungen statt kontinuierlicher Messungen von Hg	Amt für Immissionsschutz Luckenwalde
09.10.1997	Abhilfebescheid zum Genehmigungsbescheid Nr.012.00.00/96 vom 06.05.1997	LUA Brandenburg Genehmigungsverfahrensstelle
27.10.1997	5072409/0001/II.1g/333-097/97 Feststellungsbescheid und Anordnung zur Anzeige „Erweiterung Abfallartenkatalog (Krankenhausabfälle) und Aufstellung eines Kühlcontainers“	Amt für Immissionsschutz Luckenwalde
24.11.1997	5072409/0001/II.2a-04/97/R3-Bi Festlegung Anlagenbetriebszeit (O2-Gehalt <16Vol%)	Amt für Immissionsschutz Luckenwalde
11.12.1997	5072409/0001/II.1g/333-103/97 Feststellungsbescheid und nachträgliche	Amt für Immissionsschutz Luckenwalde

	Anordnung zur Anzeige „Errichtung einer mobilen Lagerhalle für Anlagentechnik und Ausmauerungsmaterial“	
03.02.1998	5072409/0001/II.1g/333-002/98 Feststellungsbescheid zur Anzeige „Einsatz Permeat in RGR“	Amt für Immissionsschutz Waldstadt
31.03.1998	Genehmigungsbescheid Nr. 010.01.00/98 AZ I1P-72 201 Teilgenehmigung nach § 8 BlmSchG „Änderung während Errichtung und Betrieb einer Vorbehandlungsanlage (SAVB)“	LUA Brandenburg Genehmigungsverfahrensstelle
20.04.1998	5072409/001./I.4a/34-04/98 Bescheid Umstellung LAGA ASN auf EAKV- Bezeichnungen für Entsorger P04BE010	Amt für Immissionsschutz Waldstadt
23.04.1998	5072409/0001/II.1g/333-036/98 Feststellungsbescheid zur Anzeige „Änderung Filterdesign Gewebefilter“	Amt für Immissionsschutz Waldstadt
23.04.1998	5072409/0001/II.1g/333-038/98 Feststellungsbescheid zur Anzeige „Austausch Frequenzumformer“	Amt für Immissionsschutz Waldstadt
30.04.1998	5072409/0001 04/98 Bescheid Umstellung LAGA ASN auf EAKV- Bezeichnungen für Erzeuger P74B0010	Amt für Immissionsschutz Waldstadt
03.08.1998	5072409/0001/II.1g/333-070/98 Feststellungsbescheid und Anordnung zur Anzeige „Demontage mobile Stahlleichtbauhalle und Errichtung einer stationären Lagerhalle“	Amt für Immissionsschutz Waldstadt
09.09.1998	5072409/0001A/II.2-856-1/98 Freistellungsnummer nach § 13 NachwV	Amt für Immissionsschutz Waldstadt
16.11.1998	5072409/0001/II.1g)01/98/R3-Bi Ausnahmezulassung nach § 19 Abs.1 der 17.BlmSchV „Entfall des messtechnischen Nachweises Verweilzeiten“	Amt für Immissionsschutz Waldstadt
06.01.1999	5072409/0001/i/II.1g/333-118/98 Feststellungsbescheid zur Anzeige „Änderungen im Rahmen der Errichtung der SAVB“	Amt für Immissionsschutz Waldstadt
20.01.1999	5072409/0001/II.1g/333-109/98 Feststellungsbescheid und Anordnung zur Anzeige „Erweiterung Abfallartenkatalog“	Amt für Immissionsschutz Waldstadt
09.03.1999	5072409/0001 03/99 Ergänzung Umstellungsbescheid vom 20.04.1998	Amt für Immissionsschutz Waldstadt
21.05.1999	5072409-0001 A/II.2-859-05/99 EAKV für mineralische Feuerfestauskleidungen	Amt für Immissionsschutz Waldstadt
28.06.1999	5072409-0001 A/II.2-859-06/99 EAKV für mineralische Feuerfestauskleidungen	Amt für Immissionsschutz Waldstadt
27.04.2000	50724090000/0001/i/II.1g/333-016/00 Feststellungsbescheid zur Anzeige „Ersatz von 2 Druckluftkompressoren“	Amt für Immissionsschutz Waldstadt
16.05.2000	50724090000/0001/i/II.1g/333-027/00 Feststellungsbescheid zur Anzeige „Aufarbeitung von nicht einleitfähigen Regenwassers in der SIWA“	Amt für Immissionsschutz Wünsdorf
09.03.2001	50724090000/0001/i/II.1g/333-009/01 Feststellungsbescheid und Hinweise zur Anzeige „Aufstellung eines 2. Kühlcontainers“	Amt für Immissionsschutz Wünsdorf
12.03.2001	50724090000/0001/i/II.1g/333-001/01 Feststellungsbescheid zur Anzeige „ Erweiterung Nutzung Sicherstellungsbereich für SAV“	Amt für Immissionsschutz Wünsdorf
20.06.2001	50724090000/0001/i/II.1g/333-028/01 Feststellungsbescheid zur Anzeige „Änderung Stickstoffversorgung“	Amt für Immissionsschutz Wünsdorf

	Feststellungsbescheid zur Anzeige „Lagerbereich für entleerte Verpackungen und Aufstellung von 2 Materialcontainern“	Regionalabteilung Süd
24.11.2011	50.085/11/A/0811BBB2/RS Feststellungsbescheid zur Anzeige „unbefristete Lagerung von gef. Abfällen in SBS“	LUA Brandenburg Regionalabteilung Süd
12.04.2012	50.031/12/A0801A1/RS Feststellungsbescheid zur Anzeige „Erweiterung SAV-AVV Katalog“	LUA Brandenburg Regionalabteilung Süd
16.10.2014	50.091/14/A/8.1.1.1.EG/RS Feststellungsbescheid zur Anzeige „Aufstellung 3. Kühlcontainer“	LUA Brandenburg Regionalabteilung Süd
23.01.2020	50.002/20/A/8.1.1.1.EG/T25 Feststellungsbescheid zur Anzeige „Umrüstung Speisewasseraufbereitung“	LfU Brandenburg Technischer Umweltschutz 2 Überwachung
23.03.2020	50.019/20/A/8.1.1.1.EG/25 Feststellungsbescheid zur Anzeige „Vorhaltung zusätzlicher Lagerkapazitäten für infektiöse Abfälle (Coronavirus)“	LfU Brandenburg Technischer Umweltschutz 2 Überwachung
30.09.2020	50.070/20/A/8.1.1.1.EG/T25 Feststellungsbescheid zur Anzeige „Stellflächen Kühlcontainer für infektiöse Abfälle“	LfU Brandenburg Technischer Umweltschutz 2 Überwachung
12.01.2021	50.112/20/A/8.1.1.1.EG/T25 Feststellungsbescheid zur Anzeige „temporäre Erweiterung der Lagerflächen SAV in MBA“	LfU Brandenburg Technischer Umweltschutz 2 Überwachung
08.12.2022	Ausgangszustandsbericht	GfBU
21.02.2023	50.024.Ä0/21/8.1.1.1.GE/T12 Änderungsgenehmigung nach § 16 BImSchG „Installation einer Abscheidevorrichtung für Eisenmetalle am Ausgang des Nassentschlackers“	LfU Brandenburg Technischer Umweltschutz 1

Kapitel 1.3	Sonstiges
-------------	-----------

1.3.1 Begründung zum Antrag gem. § 8a (1) BImSchG – Antrag auf Zulassung des vorzeitigen Beginns

In der hier betrachteten 1. Teilgenehmigung soll eine neue Rauchgasreinigungsanlage für die SAV errichtet werden, um den geänderten rechtlichen Vorgaben und den verschärften Grenzwerten entsprechen zu können.

Mit dem vorliegenden Änderungsantrag nach § 16 BImSchG wird die Zulassung auf einen vorzeitigen Baubeginn nach § 8a BImSchG beantragt. Der vorzeitige Baubeginn ist notwendig, um die Inbetriebnahme termingerecht halten zu können.

Antragsgegenstand für die beantragte Zulassung auf einen vorzeitigen Baubeginn nach § 8a BImSchG sind:

- Baumfällarbeiten zur Baufeldfreimachung
- bauvorbereitende Bodenarbeiten, Aufschüttungen Baufeld
- Fundamentarbeiten
- Rückbaumaßnahmen Lager

Hintergrund dieser wesentlichen Änderung ist die Novellierung der 17. BImSchV und die damit einhergehenden schärferen Emissionsgrenzwerte, welche die Verwendung neuer Anlagentechnik gemäß aktuellem Stand der Technik notwendig machen. Um dieser rechtlichen Notwendigkeit schnellstmöglich nachzukommen und ein Betrieb der SAV unter höchsten Umweltstandards zu sichern, besteht ein berechtigtes Interesse des Antragstellers an einem vorzeitigen Beginn. So können Bauzeiträume gering gehalten und die Inbetriebnahme der neuen Rauchgasreinigungsanlage möglichst zeitnah gestaltet werden.

Da mit der neuen Rauchgasreinigungsanlage die Grenzwerte der aktuellen 17. BImSchV eingehalten werden, besteht ebenfalls ein öffentliches Interesse an einer möglichst frühzeitigen Errichtung der Rauchgasreinigungsanlage, da mit dieser neuen Anlagentechnik die Luftschadstoff-Immissionen der SAV insgesamt verringert werden können.

Der Antragsteller verpflichtet sich, alle bis zur Entscheidung durch die Errichtung der Anlage verursachten Schäden zu ersetzen. Sollte das Vorhaben nicht genehmigt werden, wird der frühere Zustand auf Kosten der Antragstellerin wiederhergestellt.

Beschreibung der nach § 8a BImSchG beantragten baulichen Maßnahmen

Baumfällarbeiten zur Baufeldfreimachung:

Um das Vorhaben umsetzen zu können, wird zusätzliche Fläche neben der bestehenden SAV benötigt. Auf dieser benötigten Fläche befinden sich insgesamt 17 Bäume größer 60 cm Durchmesser sowie 1200 m² Gehölzreihe. Diese sind in Abbildung 1 dargestellt.

Der lila umrundete Bereich (Gehölzreihe) muss temporär für die Bauphase gerodet werden, um die Aufstellung der Anlagentechnik in der Bauphase zu ermöglichen. Nach Fertigstellung des Baus wird die Gehölzreihe wieder neu mit heimischen und für Brutvögel geeigneten Gehölzen angepflanzt werden.

Die blau umrundeten Baumreihen müssen dauerhaft für die neue Anlagentechnik weichen.

Die Baumfällarbeiten sollen im Januar/Februar 2025 stattfinden, um die Maßnahme vor der Brutperiode abschließen zu können. Eine Bauverzögerung soll damit vermieden werden.

Um die Fällarbeiten noch vor der Brutperiode abschließen zu können, wird für diese Maßnahme ein vorzeitiger Baubeginn nach § 8a BImSchG beantragt.

Ein konkreter Baumfällantrag inkl. Kartierung der zu fällenden Bäume wird im Nachgang bei der Unteren Naturschutzbehörde eingereicht werden.

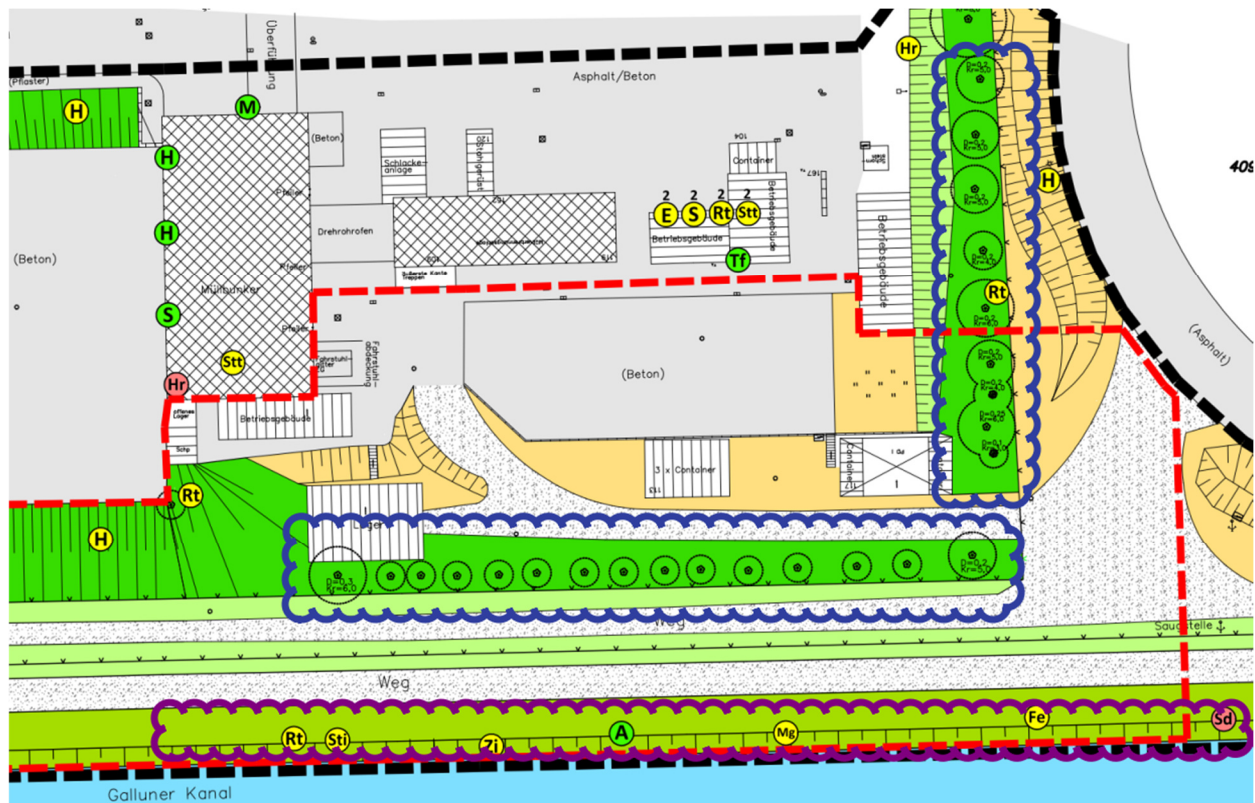


Abbildung 1: Darstellung der zu rodenden Bäume und Gehölze, lila= Rodung nur für Bauphase, blau = dauerhaft zu fällende Bäume (Quelle Zeichnung: D.Jähni, Untersuchungsbericht Brutvögel)

Antrag auf Errichtung und Betrieb gemäß § 16 BImSchG für die Errichtung einer neuen Rauchgasreinigung am Standort SAV Schöneiche



Anlagen- und Betriebsbeschreibung

1. Teilgenehmigung

Antrag auf Errichtung und Betrieb gemäß § 16 BImSchG für die Errichtung einer neuen Rauchgasreinigung am Standort SAV Schöneiche

Rückbaumaßnahmen Lager und Container:

Zur Baufeldfreimachung müssen mobile Container mit aufgesetzter Überdachung aus einer Stahl/Holz-Konstruktion und Trapezblech entfernt werden (links in der nachstehenden Abbildung).

Weiterhin ist eine Lagerhalle/Leichtbauhalle mit einer Bodenplatte aus Beton/Estrich und einer Stahlrahmen-Konstruktion mit Trapezblechen als Verkleidung rückgebaut werden (rechts in der nachstehenden Abbildung).

3 Container eines Fremddienstleisters werden ebenfalls abtransportiert (mittig in der nachstehenden Abbildung).

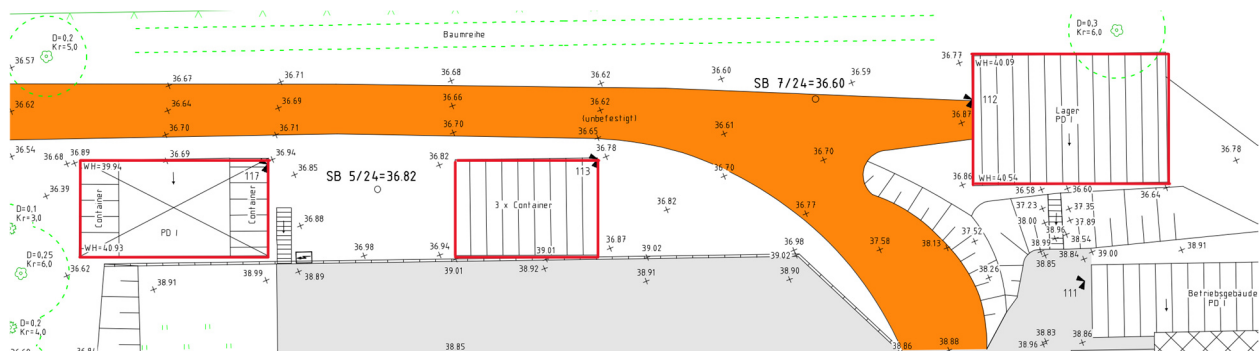


Abbildung 4: Rückbaumaßnahmen Lager und Container

Kostenschätzung für die nach § 8a BImSchG beantragten baulichen Maßnahmen:

Für die vorgenannten baulichen Maßnahmen zum vorzeitigem Baubeginn gemäß § 8a BImSchG wird ein Aufwand von

1.965.000 €, netto

geschätzt.